

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Gräberstr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6649. •

Jahreshefte zum Ganzen und Jahressumme Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied kämpft an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postfachkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Unhaltbare Lohnverhältnisse in der Porzellanindustrie.

Die Unternehmer bemühen sich zu beweisen, vier Zehntel der Herstellungskosten des Porzellans kämen auf Löhne und Gehälter, zwei Zehntel auf Steuern und öffentliche Abgaben, ein Zehntel auf Rohmaterialien und Betriebsstoffe und drei Zehntel auf Brennstoffe. Die Gewinne (Dividenden, Tantiemen, Abschreibungen, Rückstellungen u. ä.) werden ganz außer acht gelassen und sind wahrscheinlich unter die Minder Löhne und Gehälter gerechnet, damit diese recht hoch erscheint. Die Aufstellung der Unternehmerseite läßt auf den ersten Blick erkennen, wie ungerecht, wie trügerisch sie ist. Kein Mensch kann den Darstellungen Glauben beimessen. Aber daß die Interessenvertreter unserer Industrie es wagen dürfen, mit solchem aufgelegtem Schwindel an die Öffentlichkeit zu gehen, läßt den Schluß zu, daß „Faschisten“, wenn sie dafür bezahlt werden, eben alles mit Zahlen und Statistiken „beweisen“. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Wenn die so allgemein ohne Begründung darstellenden Schreiber auch dafür den klaren Nachweis ihrer sehr oberflächlichen Behauptung zu erbringen vermögen, zahlen wir ihnen einen Taler. Der Betrieb K. in B. produzierte in den Jahren 1913/14 mit seiner Belegschaft zwei Dutzend Porzellan in der Woche und zahlte dafür eine bestimmte Lohnsumme. In den letzten Jahren, 1922 bis 1924, beschäftigte er zwei Personen mehr, zahlte die gleiche Lohnsumme wie ehemals und produzierte drei besser ausgestattete Dutzend in der Woche, also um 60 Proz. Geschirr mehr. Ein anderes, nicht etwa nur vereinzeltes Beispiel: In Porzellan- und Steingutfabriken werden bedeutende Mengen Artikel für 60–70 Prozent der Fabrikationspreise hergestellt, während die Verkaufspreise von 40 bis 140 Proz. gegen 1913/14 erhöht wurden. Welcher Zahlenwitz ist in der Lage, für diese Betriebe im Mittel ebenfalls vier Zehntel Löhne und Gehälter an den Herstellungskosten herauszurechnen?

Wir wollen uns aber damit nicht allzu lange aufhalten, sondern nur dartun, wie die so oftmals hingeworfenen Zahlen der Unternehmer zu bewerten sind.

Nun zu den Löhnen und Verdiensten, wie sie von den Arbeitern und Arbeiterinnen eigentlich erzielt werden.

In einem Betrieb, der nur beste Qualitätswaren fertigt und stets Aufträge für seine Weltmarke erhält, verdient durchschnittlich ein Hohlgeschirrbrecher 78 Pf. in der Stunde, gleich 37,44 Mk. Es kommt jedoch nicht jeder Dreher auf diese Verdiensthöhe. Unter den Hohlgeschirrbrechern sind zwei oder drei, die eine besondere Geschicklichkeit in einem bestimmten Artikel zeigen. Da auch einige Klebameverbiener in jeder Sparte vom Unternehmer als Vorbild gebraucht werden, bekommen die besonders Geschicklichen meist den sehr gut bezahlten Artikel und verdienen damit in der Woche 10–20 Mk. mehr als ihre anderen Kollegen. Ist die Sparte der Hohlgeschirrbrecher nun zwölf Mann stark, so vermindert sich der Verdienst der neun anderen Dreher um das, was die drei Hochverdiener mehr erhalten. In Zahlen ausgedrückt sieht das Bild so aus, daß neun Dreher 22–23 Mk. und drei 43–49 Mk. Wochenverdienst haben.

Für Maler- und andere Personale oder auch für Sparten liegen die Verdienstverhältnisse genau so und vor allem in einem ähnlichen Werk für Qualitätsporzellan, das gewöhnlich mit kleinen Klebameverbienern bei Lohnverhandlungen Vorstellung gibt. Aber nicht nur die Männerlöhne sind im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten zu niedrig, sondern auch die Frauenlöhne, die durchschnittlich nur die Hälfte der Männerlöhne ausmachen. Stellt man gar die Verkaufspreise dieser Fabriken in ein Verhältnis zu den Löhnen, so wären gerade diese Betriebe ohne Nachhilfe in der Lage, die Verdienste ihrer Belegschaften zu verdoppeln.

Das waren Verdienste von zwei Ausnahmebetrieben, die tatsächlich noch einmal so hohe Löhne gewähren könnten. Wenn die ihren besten Qualitätsarbeitern nur durchschnittlich 27 Mk. — die Hungergrenze für eine Familie, bestehend aus

drei Köpfen — in der Woche verdienen lassen, was sollen dann die Quetschen mit zwei Defen und altertümlichen Betriebsmethoden machen, die sich auch an die Tariflöhne halten? —

Ein Beispiel aus einem anderen Qualitätsbetrieb: Die Dreher haben einen DurchschnittsStundenlohn von 65 Pf., gleich 31,20 Mk. in der Woche. Davon gehen noch die Soziallasten ab. Es kommt dann so, daß die Mehrzahl der Dreher mit 25 Mk. und einige mit 30 Mk. Wochenverdienst nach Hause schieben und die Vorwürfe ihrer Frauen über sich ergehen lassen, denen beim Einkauf das Geld aus den Händen rinnt. Unter den Malern sind einige, die auf 88 Pf. Stundenlohn kommen, während die Mehrzahl auf der 60-Pfennigsgrenze bleibt. Also auch bei den Malern Verdienste von 26–35 Mk. und das ebenfalls in einem Qualitätsbetrieb, der doch sicher seine Waren zu ganz erheblichen Preisen verkauft.

In den Fabriken mit den höchsten Verkaufspreisen für ihre Qualitätswaren erhalten die tüchtigsten Facharbeiter so erbärmliche Stundenlöhne, daß damit kaum das Existenzminimum erreicht wird.

Inzwischen haben sich die angegebenen Verdienste je um ganze vier Prozent erhöht, wodurch also um eine Mark höhere Summen herauskommen; aber damit ist dem Elend der Porzellan- und Steingutarbeiter noch lange nicht abgeholfen. Diese braucht Verdienste, die jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin mit Familie das Leben gestalten. Das Gros muß vom Lohn sein Dasein fristen können und nicht einige ausnahmsweise besonders geschickte Klebameverbiener.

Die Porzellanverkaufspreise gestalten viel höhere Löhne. Die Arbeiterschaft braucht sie dringend zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft. Die Krankengeldern fehlen erschreckend. Handel und Wandel in den Porzellanregionen stockt. Die Kaufkraft der Arbeiterschaft fehlt. Die Geschäftskreise klagen. Nur die Industriemitter machen sich breit wie Heines Wangerich.

Es sei ihnen aber gesagt: Die Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr länger ausfaugen. Die Gegenstände müssen bei dieser unerträglichen Sachlage aufeinanderplagen; denn ein solcher Druck kann für längere Dauer nicht ertragen werden. Die unhaltbaren Lohnverhältnisse in der feinkeramischen Industrie treiben zum Bruch. Die Unternehmer, die es dann trifft, werden sich kaum mehr erholen können, und zu spät werden Verantwortliche dann ihrem Kollegen bestimmen, der schon 1922 ausrief: Nie mehr einen Streik!

Aber diese Dinge mögen die Unternehmer unter sich ausmachen!

Die Arbeiterschaft hat lange genug den Spott und Hohn und die Bedrückung mit übermäßiger Ausbeutung ertragen. Sie wies auf die Menbrungen zur rechten Zeit hin. Wenn die Unternehmer im blinden Wahn die Lohnfrage zum Kampfsujet werden ließen, so tragen sie allein die Schuld und die Verantwortung für die Folgen, die daraus für unsere Industrie entstehen. Für die Arbeiterschaft ist das Maß voll. Sie wird nicht nur ihr Recht verlangen, sondern auch dafür kämpfen.

In der Lohnfrage kann es also keinen Status quo geben, wie verschiedene Firmenvertreter ihren Arbeiterräten schon wissen ließen. Die Lage bedarf einer gründlichen Verbesserung. Wenn das nicht eingeht, mögen die Unternehmer selbst die Dreherarbeiten besetzen, Defen brennen und ausnehmen, die Waren besortieren und verpacken, vielleicht empfinden sie dann, was es heißt, für einen Hungerlohn seine Gesundheit dem Wohlergehen von Leuten zu opfern, die nur darauf bedacht sind, Arbeitern und Arbeiterinnen den Machtdübel fäulen zu lassen, ohne jegliches Verständnis für die Industrie.

Arbeiter und Arbeiterinnen, verlangt euren rechtmäßigen Lohnanteil!

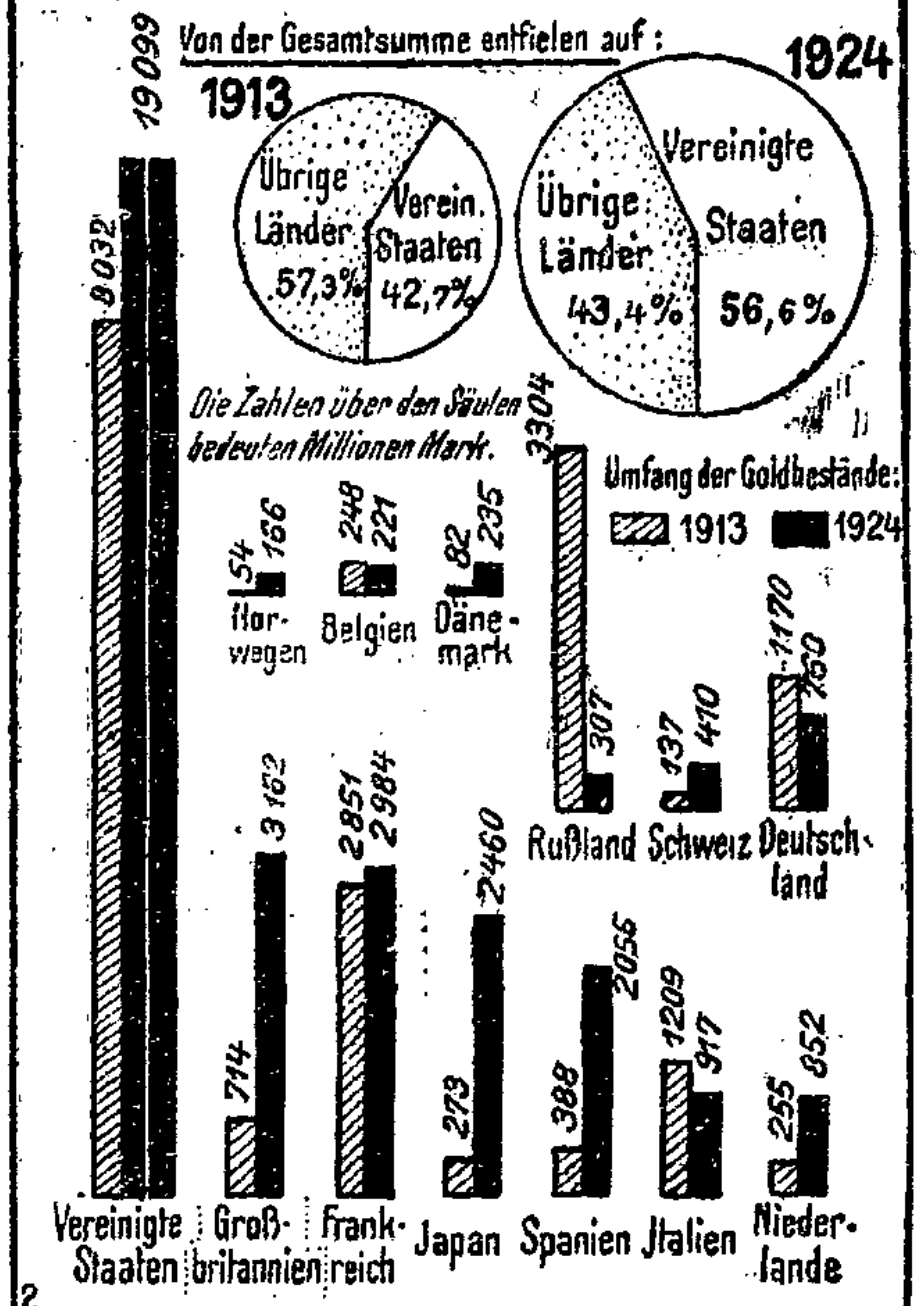
Schreit es der Öffentlichkeit in die Ohren, wie gering ihr für hohe Qualitätsleistungen bezahlt werdet.

Kämpft für eine Besserung eures traurigen Loses!

Währung zurück. Da ist es von Interesse, die Entwicklung der Goldvorräte in den einzelnen Staaten der letzten zehn Jahre zu verfolgen; fand doch in dieser Zeit jene Umschichtung der Weltvermögen statt. Auf beigefügtem Schaubild ist die Verschiebung des Goldes und dessen Anhäufung in einigen Staaten zu ersehen. Da fällt vor allem Nordamerika auf, wo das Gold der übrigen Welt zusammenströmte, um dort in den Sammelbecken der Federal-Reserve-Banken und der Privatbanken aufgespeichert zu werden. Doch wie auf dem Schaubild zu ersehen, konnten auch andere Staaten ihren Goldbestand wesentlich vermehren, wobei vor allem Japan und die neutralen Länder zu nennen sind. Der Goldbestand Deutschlands, Russlands, Italiens und Belgiens erfuhr mehr oder weniger eine Verminderung. Als Ganzes ist aber festzustellen, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas heute rund 37 Proz. der Weltgoldvorräte und die übrigen Länder nur 43 Proz. derselben beherrschen, während dies vor 12 Jahren noch gerade umgekehrt der Fall war. Das Übergewicht der Vereinigten Staaten gegenüber der übrigen Welt dürfte aber aus diesen Ziffern klar hervorgehen. Bezüglich der Deutschen Reichsbank ist zu bemerken, daß sich deren Goldbestand seit dem vorigen Jahre nicht unwesentlich gehoben hat. Derselbe beträgt jetzt (Mitte Mai) 1015 Mill. Mk.; dazu treten noch bedeutungsfähige Devisen in Höhe von 398 Mill. Mk. und „Sonstige Devisen“ von 385 Mill. Mark. Das prozentuale Deckungsverhältnis des deutschen Geldes beträgt gegenwärtig 39 Proz.

Die Weltgoldvorräte 1913 und 1924.

Erläuterung: Die Säulen geben den Umfang des Goldbestandes bzw. der Goldreserve der Zentralnotenbanken der einzelnen Länder an.



Ueber die Zukunft der Geldwährung selbst herrschen in der Wissenschaft verschiedene Ansichten. Ein Teil der Wirtschaftspolitiker, darunter der englische Währungstheoretiker Keynes, vertritt die Meinung, daß man das Gold als Grundstoff der Währung entbehren könne. Dafür könne man eine sogenannte „manipulierte“ Währung einführen, deren Galt in der Begrenzung der auszugebenden Noten liege. Ähnlich wie es die Deutsche Reichsbank mit der Restriktionspolitik versuchte, könne ein stabiler Wertstand für alle Währungen gehalten werden. Diese Meinung ist nirgends durchgegriffen und ist die feste Goldwährung in allen maßgebenden Ländern zum herrschenden System erhoben worden. Eine volle Goldwährung mit völliger Bewegungsfreiheit für das Gold besteht gegenwärtig nur in den Vereinigten Staaten und in Schweden. Nahe heran an diesem Zustand sind Länder wie England, Holland, Japan und die Schweiz. In vielen Ländern besteht die sogenannte Goldkernwährung, wo das Gold oder Goldbeleg nur zu ausländischen Zahlungen und damit zur Regulierung der Wechselkurse verwandelt wird. Im inneren Geldumlauf gibt es noch keine Goldmünze, sondern Gold wird nur in Barrenform oder in ausländischer Münze ausgegeben, an deren Stelle meistens Goldbeleg treten. Diesem Zustand nähert sich Deutschland, ferner die Tschechoslowakei, Italien und andere Länder.

Die ganze Währungsfrage ist für die Arbeiterklasse von allergrößter Bedeutung. Sofern die kapitalistische Produktion einer gesunden Basis in der Währungsfrage entbehrt, ist die Arbeiterschaft, worunter natürlich auch die Angestellten und Beamten zu rechnen sind, der leidtragende Teil. In wie weit dies der Fall war, konnten wir in der Inflation erleben. Die Warenbilanz und die Goldbilanz stehen in reger Wechselwirkung, erstere ist der Grundbaustein des Wohlergehens der arbeitenden Volksmassen. Deshalb begrüßen

Im Banne des Goldes.

Als die deutsche Mark nach jenem entzweienden Leidensweg wieder auf die Bahn der Gesundung gebracht werden sollte, konnte dies nur in Anlehnung an einer absolut sicheren und festen Währung geschehen. Dies konnte nach Lage der Dinge nur diejenige Nordamerikas sein. Und so wurde denn die Mark auf der Grundlage von 120 Mk. für einen Dollar festgelegt und seitdem auf diesem Stande gehalten.

Hier ergab sich nicht nur eine Formfrage von vorübergehender Bedeutung. Mit der Uebereinstimmung in der Währung erfolgte vielmehr eine enge Verbindung zwischen der amerikanischen und der deutschen Wirtschaft, deren Ausmaß und Entwicklung noch nicht zu ersehen ist. In klaren Worten kommt diese Tatsache in dem Geschäftsbericht der Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M., zum Ausdruck: „Die deutsche Wirtschaft hängt infolge der Verkopplung der deutschen Währung mit der Währung der Vereinigten Staaten viel stärker mit der amerikanischen Wirtschaft zusammen, als

dies gemeinhin angenommen wird. Es ist keine Frage, daß die deutsche Wirtschaft mehr oder weniger zwangsläufig, wenn auch vielleicht erst in einem gewissen Zeitabschnitt folgend, die Veränderung des Preisniveaus in den Vereinigten Staaten mitmachen muß. Mit anderen Worten: Aufschwung und Absieg des deutschen Wirtschaftslebens werden ausschlaggebend von der Konjunkturalentwicklung in den Vereinigten Staaten beeinflusst.“ Wenn dem nun so ist, und es fehlt uns jeder Grund, dies zu bestreiten, dann haben wir alle Ursache, jene Wechselwirkungen der Weltwirtschaft zu beobachten, die letzten Endes auch das Wohl und Wehe des deutschen Arbeiters, Angestellten und Beamten bestimmen. Aus diesem Grunde gewinnt die Gestaltung der Währung in den einzelnen Ländern an Bedeutung.

Das Geldwesen der Welt ist einigermaßen stabilisiert; Staaten mit stark weichender Währung dürfte es kaum mehr geben, weil nach den Erfahrungen der Inflation einfach jede Geschäftsmöglichkeit damit unterbunden sein würde. Die wichtigsten Handels- und Industriestaaten kehrten wieder zur Gold-

Wir eine Währungsreform, die sich gegenüber allen Widerständen wie sie die Reichsbank anlässlich ihrer letzten Restriktionspolitik erleben musste — durchzusetzen weiß. Die überhöhten Preise im Frühjahr vorigen Jahres sind nicht zuletzt durch die Verknappung der Kredite seitens der Reichsbank zum Vorschein gekommen. Allerdings muß bei alledem darauf Bedacht genommen werden, daß die Schultern der breiten Massen allein die Lasten eines Währungswechsels nicht zu tragen haben. Die enge Verbindung der deutschen mit der amerikanischen Währung trat deutlich in Erscheinung, als die Diskontrate der Vereinigten Staaten im April 1925 von 3½ auf 4 Proz. erhöht wurde und die Bank von England diesem Schlag mit einer Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 5 Proz. begegnete. Der Anstieg der ausländischen Kredite hörte mit einem Schläge auf. Wenn man also den Zustand einer engen Verbundenheit mit dem reichen Amerika in der Währungsfrage feststellen muß, so müßte für Schutzmittel gesorgt werden, sollte drohen einmal eine Krise ausbrechen, die nicht realen Grundlagen, sondern Vorzeichen und ähnlichem entspringen sollte. Die deutsche Arbeiterklasse hat keine Lust, als Operationsbasis börsenteknischer Spekulation der Goldmillionäre Ostel Samis zu dienen. Doch bei alledem noch eins: wenn Krise und Konjunktursturz in Deutschland und Amerika in Wechselwirkung stehen sollen, dann ist es an der Zeit, auch einmal die Frage genau zu untersuchen, warum der amerikanische Arbeiter das Wehrfach seiner deutschen Kollegen verdienen soll. Ein Grund für eine so große Lohnspanne dürfte wohl kaum gefunden werden. Es sind zahlreiche Gründe der Entwicklung der internationalen Währungsfrage im Auge zu behalten.

Gegen die Monopolbetriebe.

Bekanntlich sind in Deutschland die politischen Machtverhältnisse sehr ungleichmäßig verteilt. Zahlenmäßig gering sind die Werke der schweren Industrie, und doch haben sie viel mehr Bedeutung im wirtschaftlichen und politischen Leben, als die weit zahlreichere Fertigungsindustrie und der Handel. Der Großindustrie überbürdet können höchstens noch die Großbanken betrachtet werden. Aus alter Tradition steht die Landwirtschaft, womit wir nicht etwa die kleinen Bauern, sondern die Großlandwirte meinen, der politischen Machtstellung der Großindustrie nicht viel nach.

Nicht deutlich kam das Übergewicht der Landwirtschaft und der Schwerindustrie bei der Zollvorlage zum Ausdruck. Denn in erster Linie war diese auf deren Schutz zugeschnitten. Allerdings erhebt sich gegen die Mächte der Monopolbetriebe auch die fertigerarbeitende Industrie. In Protesten gegen die neue Zollvorlage aus diesen Reihen fehlt es keineswegs. Hat doch erst der Verband der deutschen Metallwarenfabrikanten vor einigen Wochen gegen die geplanten Eisenzölle scharf Stellung genommen. Nicht drastisch wandte sich die Zeitschrift „Keramios“, Monatschrift für die gesamte Keramik, in ihrer Januarnummer gegen die Monopolbetriebe mit folgenden Worten, die sie, mit Zeichnungen versehen auf der Titelseite und in zweifarbendruck, brachte:

„Die öffentliche Meinung in Deutschland geht stets von der Voraussetzung aus, daß Landwirtschaft und Schwerindustrie die beiden Grundheime der wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes darstellen. Diese Meinung ist seit Jahrzehnten von beiden Wirtschaftsgruppen in deren Tageszeitungen und anderen Organen befestigt worden. Dieser vorgefaßten Meinung gegenüber berücksichtigt man, daß der Anteil der deutschen Fertigungsindustrie am deutschen Gesamtexport betrug: 1913 61 Proz., 1921 80 Proz.; während an Rohstoffen, Lebensmitteln, Tieren, halbfertigen Waren, Gold und Silber zusammen nur zur Ausfuhr gelangten: 1913 39 Proz., 1921 20 Proz. Es ist an der Zeit, daß den einzelnen Gliedern der deutschen Fertigungsindustrie selbst, wie auch dem Gesetzgeber, die überragende Bedeutung des Exports bewußt wird, und daß aus diesem Bewußtsein heraus die Handelsverträge, die Tarifpolitik der Eisenbahnen und die Verteilung der Steuerlasten vorgenommen wird.“

Gewiß mannhaftige Worte, die hier von dem Organ der keramischen Industrie vorgetragen werden. Daß wir vieles von dem hier Gesagten voll und ganz unterschreiben, wollen wir so nebenbei erwähnen. Wissenwert ist die Gegenüberstellung der Ausfuhrziffern vom Jahre 1913 gegenüber dem Vorjahre. Danach hat sich die Ausfuhr der Monopolindustrien um nahezu 20 Proz. vermindert, um welchen Prozentsatz die Ausfuhr der Fertigungsindustrie zunahm. Von Interesse dürfte eine Gegenüberstellung der beschäftigten Arbeiterzahl der Schwerindustrie für Eisen und Stahl und der weiterverarbeitenden Metallindustrie sein. Die eisen- und metallverarbeitende Industrie beschäftigt 2,5 Millionen Arbeiter oder 29,7 Proz. der gesamten deutschen Industriearbeiterzahl, und die eisen- und metallverarbeitende Industrie beschäftigt 335 000 Arbeiter oder 17 Proz. der gesamten Industriearbeiterzahl. Der Unterschied ist in die Augen springend.

Wenn die fertigerarbeitende Industrie gegen die Monopolindustrien zu kämpfen gewillt ist, so hat sie die Arbeiter-, Ange-

stellten- und Beamenschaft zu Bundesgenossen. Das heißt, nur soweit sie deren Monopolstellung und die politischen und wirtschaftlichen Vorrechte zu befechtigen gewillt ist. Man hat seitens der Klein- und Mittelindustrien leider oftmals die Courage vermissen müssen. Meistens haben sie sich unter der Leitung der Großen sehr wohl gefühlt. Wenn es einmal anders kommen sollte, so hätten wir nichts dagegen. Doch können wir uns bei dem Kampfe um die Monopolindustrien nicht auf die Mithilfe anderer Industriezweige verlassen, wir müssen uns selbst helfen. Und helfen können wir uns nur, wenn wir gewerkschaftlich eine Macht sind.

Aus dem neuen Zolltarif.

Die neue Zollvorlage der Regierung umfaßt ungefähr 175 Seiten und enthält rund 945 Tarifnummern. Die vorgelegenen Veränderungen allein für Industriezölle beziehen sich auf 300 Tarifnummern mit circa 700 Zollätzen. Wir geben die wichtigsten Veränderungen wieder, indem wir den in Aussicht genommenen Zollfuß dem jetzt geltenden Zollfuß gegenüberstellen.

	Jetzt gültig (In Reichsmark für 1 dz)	In Aussicht genommen
Weggen	frei	7
Weizen und Spelz	frei	7,50
Gerste	frei	7
Safer	frei	7
Malz	frei	12,76
Reis	frei	4
Getreideartoffeln	frei	4
Gerbstoffartoffeln	frei	0,50
Bananen	10,—	15
Apfelsinen	3,25	12
Zitronen	frei	12
Weintrauben	frei	30 bezw. 45
Berlinge	frei	2
Butter	frei	30
Buttermilch	frei	60 bezw. 75
Fische	1 Stüd = 90 1 Stüd = 500	30
Manufaktur	frei	30
Rindfleisch	frei	18
Schafe	frei	18
Schweine	frei	18
Frühes und Gefrierfleisch	frei	45
Schweinefleisch	frei	36
Frühes Milch	frei	5
Sterilisierte Milch oder Rahm	frei	20
Butter	frei	30
Eier	frei	6
Arzneimittel u. pharmazeutische	80	300
Erzeugnisse	36 bezw. 250	100 bis 300
Spitzenstoffe und Spitzen usw.	3200	8000
Stidereien auf Grundstoffen	3600 bezw. 5200	8000
Motorfahrzeuge	240 usw.	350
Andere Motorwagen und Motorfahrzeuge	80 usw.	250 bis 150
Möbel, roh	15	20
Möbel, bearbeitet	20	26
Goldschmuck, Werkzeuge usw.	3	6
Zigarettenpapier	10 bezw. 20	40
Bildpostkarten	10 bezw. 20	50
Photographienpapier	20	100
Steine aus Granit, Porphyry usw.	3	4
Gewebe aus Abseil	40	70
Raumgarn, roh	8	30
Raumgarn, gebleicht, gefärbt, bedruckt	12 bezw. 24	40 bezw. 60
Streichgarn, roh	9 bezw. 24	80 bezw. 40
Garn aus Wolle, Seide, Baumwolle usw.	36	70
Wirk, Tricot und Netze	160	240
Banden, Eisenbanden	6	8
Sensen und Sichel	12	25
Spindeln	10	35
Schreibmaschinen, auch zum Rechnen	240	300

Im großen und ganzen kann über die beabsichtigte Regelung folgendes gesagt werden: Die Zölle auf die Einfuhr von Agrarartikeln sollen unter allen Umständen bereits für die neue Ernte in Kraft treten. Die Väter der Vorlage selbst aber befürchten infolge der vorgeschlagenen Zölle eine neue Teuerungswelle, die scharf und plötzlich mit der Einführung der neuen Zölle einsetzt. Um die Verbraucher nun langsam an das neue Gewicht zu gewöhnen, will man die Agrarzölle stufenweise einführen. Deshalb sieht der Entwurf vor, daß die neuen Zölle bis zum 1. Juli 1926 nur zu halben Sätzen gelten sollen. Erst für die Ernte 1926 treten die vollen Sätze in Kraft. Dafür sind die Agrarzölle aber sogenannte Mindestzölle, d. h. sie gelten auf alle Fälle und können auf keinen Fall erniedrigt werden.

Die vorgeschlagenen Industriezölle sind variabel, d. h. eine Heruntersetzung ist auf dem Wege der Verhandlung wohl möglich. Dabei gehören vor allen Dingen die an und für sich unbegreiflichen Zölle auf Erzeugnisse der chemischen Industrie, die durchweg 10 Proz. des Wertes der Produkte ausmachen. Sehr hoch angesetzt sind die Zölle auf Automobile und Traktoren. Die Vorlage begründet diese Höchstzölle damit, daß das Ausland gegenüber der deutschen Industrie einen großen Vorsprung habe. Man zählt also der deutschen Autoindustrie für ihre Inflationskottentwirtschaft nachträglich noch eine Liebesgabe und ermöglicht ihr noch weiter eine Kottentwirtschaft mit den bekannten überhöhten deutschen Autopreisen. Zu beachten ist, daß die Autozölle, sogenannte Deizenbzölle sind, d. h. sie werden im Zeitraum von je sechs Monaten eine Abschwächung erfahren. Auf dem Textilgebiet sind besonders harte Zölle eingeführt worden. Die Vorlage begründet das mit der Kapitalarmut des deutschen Textilverwerkes und der verschärften Auslandskonkurrenz. Die Eisenindustrie hat im großen und ganzen gegenüber der chemischen und elektrischen Industrie nur wenige Veränderungen erfahren. Die vorgeschlagenen Zolländerungen beziehen sich auf Spezialerzeugnisse und Verfeinerungen, wie Gießstahl, Ferrallegierungen, fallgeschwamm und fallgeschwammes Stab- und Wand-eisen, Draht, Feinbleche von 0,5 mm oder darunter, Kugellager, Blattfedern für Maschinenteile und einige Artikel der Klein-eisenindustrie. Die Maschinenindustrie erfährt Zollveränderungen in der Hauptsache für bergamännische Maschinen, wie Gesteinsbohrmaschinen, Druckluftwerkzeuge usw.

Gegenüber den Zollvorschlügen in der Eisenindustrie ist aber nach unseren Informationen auf das Bestimmteste damit zu rechnen, daß die parlamentarischen Vertreter der Schwerindustrie im Anschluß an die schwebenden deutsch-französischen Verhandlungen während der Reichstagsverhandlung Zollvorschlügen einbringen werden, die ungefähr 50 Proz. über den bisherigen Satz (1 Reichsmark für einen Doppelzentner Rohesisen) liegen. Selbstverständlich werden auf Grund des abgeschlossenen Kompromisses die Regierung und die agrarischen Parlamentarier, wenn das Stichwort vom Eisenzoll fällt, geschlossen für diesen oder einen ähnlichen Vorschlag eintreten.

Der deutsche Bauhüttenrat in München.

Auf dem kürzlich in München stattgefundenen 5. Bauhüttenrat wurden Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt. Man ist oft geneigt, den Wert, den die soziale Bauhüttenbewegung für die gesamte Wirtschaft und für die Arbeiterklasse hat, zu unterschätzen. Gewöhnlich pflegt man sich mit der Überzeugung der sozialen Bauhüttenbewegung in die Klasse der in mehreren Gewerben vorhandenen Produktivgenossenschaften zu begnügen. Das ist grundfalsch. Eben die Münchener Tagung hat ihre vornehmste Aufgabe darin gesehen, einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Bauhütten und Produktivgenossenschaft zu ziehen. Der trennende Gegensatz ist der, daß die Produktionsmittel in den Betrieben nicht Privatpersonen, sondern der Allgemeinheit gehören sollen. Weiter ist zu beachten, daß die Betriebe nicht von Privatpersonen, sondern in Selbstverwaltung der bausewerblischen Kopf- und Handarbeiter unter Kontrolle der bausewerbligen Gewerkschaften geführt werden sollen. Der dritte Hauptgedanke legt fest, daß die in den Betrieben von den bausewerblischen Kopf- und Handarbeitern geschaffenen Mehrwertwerte keiner Privatperson und auch keiner Gruppe von Privatpersonen, sondern der Allgemeinheit gehören sollen.

Dadurch unterscheidet sich die Bauhütte recht wesentlich von der Produktivgenossenschaft. Ihr Zweck ist nicht die Förderung des Gewerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, sondern der Dienst an der Allgemeinheit. Den bei der Bauhütte beschäftigten sollen die Vorteile, die diese im Rahmen der Gesamtwirtschaft erzielt, nicht mehr und nicht weniger zugute kommen, als allen anderen Volksteilen. Das Recht an der Mitwirkung der Verwaltung des Betriebes gründet sich bei der Bauhütte auf das Arbeitsverhältnis und nicht, wie bei den Genossenschaften, auf die Beteiligung des Kapitals und auf die Mitgliedschaft.

Trotz dieser Grundgedanken ist im Laufe eines halben Jahrzehnts die Bauhüttenbewegung, auch mancher angeschlossene Betrieb, andere Wege gegangen. Noch im Jahre 1922 waren dem Zentralverband sozialer Baubetriebe mehr Produktivgenossenschaften als Bauhütten angeschlossen; allerdings ist die Zahl der Genossenschaften immer mehr zugunsten der Hütten zusammengekrumpft. Indessen sind doch egoistische Strömungen nie ganz zu unterdrücken gewesen. Ein ganz besonders charakteristisches Beispiel dafür ist die dem Verband angeschlossene Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft Vorwärts in Baden, die jetzt im Begriff ist, sich in einen rein kapitalistischen Betrieb umzuwandeln. Die leitenden Personen der Genossenschaft juchen das dadurch zu erreichen, daß sie zunächst die Genossenschaftsanteile bedeutend erhöhen und am Schluß des Jahres 1924 alle Mitglieder streichen lassen, die ihre Anteile nicht rechtzeitig eingezahlt hatten. Von den Mitgliedern wurden auf diese Weise etwa 70 getrichen, während nur 9 übrig blieben,

daß in allen Anstalten sehr intensiv gegen den Alkohol- und Tabakgenuß angekämpft wird, und daß trotzdem besonders die Männer manchmal verstockt rauchen und trinken.

So wichtig es nun ist, den Kranken zu sagen, daß ihre Krankheit heilbar ist, so einbringlich müßte ihnen auch beigebracht werden, daß ohne ihre Mitarbeit in der angedeuteten Richtung ein dauernder Heilungserfolg nicht erwartet werden kann und daß ihr Leben von ständiger schwerer Gefahr bedroht ist, wenn sie nicht durch ihre Lebensführung mithelfen, die Krankheit zu überwinden. Wenn in den Anstalten selbst, in Vorträgen und Diskussionen immer wieder diese Fragen besprochen werden, wenn auch dem einfachen Arbeiter begreiflich gemacht wird, daß die Hauptpflege des Genesungsvorganges sehr wesentlich unterstützt, daß neben der richtigen Ernährung abwechslungsreiche Ruhe und Bewegung in freier Luft die Heilung fördern, daß Überanstrengungen vermieden werden müssen und daß der Kranke gefährdet bleibt, solange er nicht vom Arzt gesund erklärt wird, dann werden sicher immer weitere Kreise von Kranken zur Mitarbeit an ihrer Genesung zu bringen sein.

Wichtig wäre es auch, in denjenigen Anstalten, wo dies noch nicht der Fall ist, Gymnastik und Bäder als Heilmittel heranzuziehen. Aus eigener Erfahrung ist mir bekannt, daß der tägliche Spaziergang, der in einzelnen Anstalten die Viegatur ergänzt, ungenügend ist und den Körper nicht genug in Bewegung bringt. Auch wäre es notwendig, daß die Patienten der ursprünglichen nur als Tagesberufungsstätten gebachten Heime, die noch keine eigenen Bäder besitzen, die der Anstalt nachfolgenden Bäder anschauen können. Die Anstalten zur Tuberkulosebekämpfung werden ihren Zweck erst vollkommen erfüllen, wenn sie nicht nur Heilstätten, sondern auch gesunde Erziehungsstätten sind; wenn den Kranken beigebracht wird, daß sie die in der Heilstätte geübte Lebensführung zum mindesten bis zu ihrer vollständigen Genesung auch zu Hause weiterführen müssen.

Alle gesundheitlichen Schäden des Lebens lassen sich allerdings nicht durch Erziehung aus der Welt schaffen; die wirtschaftliche Not, das Wohnungselend werden leider auch noch weiter ihre Opfer fordern und die Tuberkulose verbreiten. Aber viele Schäden lassen sich durch geeignete Körperpflege ausgleichen und die großen Aufwendungen, die der Kampf gegen die Tuberkulose erfordert, werden viel mehr dauernde Erfolge bringen, wenn die Kranken selbst zur Mithilfe erzogen werden.

Die Mitarbeit der Kranken bei der Tuberkulosebekämpfung.

Von Jakob Reith.

Primarius Dr. S. Reinbender-Wien sagte in einem Referat über „Tuberkulosebekämpfung“: „Eine Volkskur, soll sie halbwegs erfolgreich bekämpft werden, darf nicht nur von einigen Ärzten, Lehrern und Vereinen angegriffen werden, ihre Bekämpfung verlangt die Mithilfe aller Bevölkerungsteile: eine Volkskur kann nur aus dem Volke selbst heraus wirksam bekämpft werden.“

Der Kampf gegen die Tuberkulose ist auch eine Aufgabe der Volkserziehung, denn mehr als bei vielen anderen Krankheiten ist die Verbreitung, der Verlauf und die Heilung der Krankheit von den Lebensverhältnissen und den Lebensgewohnheiten der Erkrankten abhängig.

Wie oft wird nicht eindringlich genug gefordert, daß sich die Erkrankten an den Gebrauch des Spuckglases gewöhnen sollen! Und der Erfolg? Er war bisher nicht sehr groß. Die meisten Ausbrüche, sei es im Hause, sei es auf der Straße, in einer Urart, die nicht nur den Erkrankten abgesehen werden mußte. Aber es ist dem Kranken unangenehm, durch Gebrauch des Glases öffentlich seine Krankheit zu bekennen, während die Genesung oder vermeintlich Genesung ihrer Urart eine Beschränkung auferlegen. Gegen die Krankheitsverbreitung wird daher vielleicht wirksamer durch die Volkserziehung des freien Ausspucken gewirkt werden können. Es wäre aber auch sehr nützlich, die Erkrankten auf anderen Seiten zur Mitarbeit gegen ihre Krankheit intensiver heranzuziehen, als dies bisher geschieht ist.

Die meisten Menschen kennen heute nur drei Heilmittel gegen die „Tbc“. Das Tuberkulin, den Landbauhalt und reichliche, nach landläufigen Begriffen hochwertige Nahrung. Der primäre Kranke erwartet zunächst wohl, von seinem Doktor heilt zu werden, mißachtet jedoch die ärztlichen Ratschläge, so daß sie in seine Lebensführung eingreifen wollen. Jahrzehntelange Erziehung hat dem Volke die Meinung beigebracht, daß Krankheiten nur durch Medikamente geheilt werden können. Aber es ist es niemandem angenehm, seine Lebensverhältnisse ändern zu sollen. Es wird sich daher bei vielen

Kranken feststellen lassen, daß ihre Lebensführung einer Heilung entgegenwirkt, und zwar in einem viel höheren Maße, als dies durch die äußere Notwendigkeit, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, begründet wäre. Der Arzt und der Aufenthalt in einer Anstalt können die Heilung nur einleiten. Die Sicherung des Heilungserfolges ist dem Patienten selbst anheimzugeben. Es erscheint mir notwendig, daß diese Tatsache den Kranken mit der nötigen Eindringlichkeit beigebracht wird; denn die Kranken sind sehr oft der Meinung, daß ein drei- bis vierwöchiger Landaufenthalt Heilung bringen muß, und die sofort nach ihrer Entlassung aus einer Anstalt wieder in die Lebensverhältnisse und Gewohnheiten zurückkehren, in welchen und durch welche sie erkrankt sind. Der bereits erreichte Heilungserfolg wird dadurch in kurzer Zeit wieder zunichte gemacht. Auf Grund meiner Erfahrungen in mehreren Erholungsheimen erscheint es mir wichtig, die Kranken zu folgenden Maßnahmen zu verpflichten:

1. Nach der Entlassung aus einer Anstalt unter ärztlicher Aufsicht zu bleiben;
2. in der Wohnung für reichliche Lüftung zu sorgen und ein offenes Fenster zu lassen;
3. außerhalb der Anstalt täglich früh zu Bett zu gehen und den Aufenthalt in staubigen, rauchigen Räumen nach Möglichkeit zu vermeiden;
4. wöchentlich mindestens zweimal warm zu baden und an das Bad anschließend eine kurze Abkühlung mit kalter Brause vorzunehmen;
5. Tabak und Alkohol zu meiden und die Ernährung statt mit Alkohol durch den Genuß von rohem Obst zu ergänzen;
6. Personen mit einseitiger Beschäftigung oder sitzender Lebensweise, sofern sie fieberfreie Leichtkranke sind — und nur von diesen ist hier die Rede — sollen täglich nach dem Aufstehen nach oder leicht bekleidet leichte Zimmergymnastik treiben.

Vielen wird all dies so selbstverständlich erscheinen, daß sie nicht begreifen, wie man über solche Dinge überhaupt noch reden kann. Andere, die das Krankenmaterial besser kennen, werden meine Forderungen für ganz unbrauchbar halten. Um von diesen nicht als lebensfremder Schwärmer angesehen zu werden, möchte ich bemerken, daß mit dem bloßen Belehren und Beraten nicht viel getan ist. Es ist mir bekannt,

die dann zu einer Hauptversammlung zusammenzutreten. Aehnliche Beispiele können mehr angeführt werden.

Solchen Plänen, aus einem dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Baugewerk auf trockenem Wege ein Privatsunternehmen zu machen, hat man in München einen ersten Versuch vorgelegt. Es ist nämlich eine feste Zusammenfassung der in fast allen größeren Städten vorhandenen Einzelbetriebe in die Wege geleitet. Durch ein System von Kontrollbeamten wird die Tätigkeit der Bauhütten dauernd überwacht und die Übertretung der Organisationsgrundsätze wird unter Umständen mit dem Ausschluss bestraft.

Die Münchener Entscheidung ist nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern ein Beweis für die gerade Linie der Bauhüttenbewegung, die das Prinzip der Gemeinnützigkeit als ihren obersten Grundsatz betrachtet.

Die Großbetriebe der G. E. G.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die ihre ordentliche Generalversammlung am 18. Juni 1925 in Ettettin abhält, gewährt äußerst lehrreiche Einblicke in den Produktionszustand eines modernen Großunternehmens und auf die Auswirkungen der Industriekrise auf das Innenleben. Der Abzähl weist eine Bilanzsumme in Höhe von rund 45 Millionen Reichsmark auf. Daraus ergibt sich ein Reingewinn von 1,8 Millionen, der nach Abzug von 6 Proz. Zinsen auf das Stammkapital (5 Millionen Reichsmark ohne Reserve) mit ungefähr 1,6 Millionen Mark auf die verschiedenen Fonds (Reservefonds, Produktionsfonds, Dispositionsfonds usw.) verteilt wird. An Personal beschäftigt die G. E. G. 3588 Personen. Also ungefähr 612 Personen mehr als im Jahre 1923. Davon waren 1915 männlich und 1683 weiblich. Die Beschäftigten verteilen sich mit 1200 Personen auf das Handelsgeschäft und mit 2388 Personen auf die Eigenproduktion. An Gehältern und Löhnen wurden im Jahre 1924 rund 5,7 Goldmillionen gezahlt. Pensionen und Unterstützungen erforderten ca. 35.000 Goldmark. Die Beiträge zur Sozialversicherung rund 560.000 Goldmark und die Steuern ca. 1,7 Millionen Goldmark. Diese Beträge stellen für ein Arbeiterunternehmen recht ansehnliche Leistungen dar.

Wenn man in den Konsumgenossenschaften und ihren Tochterunternehmen, wie sie durch die G. E. G. dargestellt werden, Regeneratoren des Sozialismus sieht, interessiert wohl auch die Frage, wie die Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft während des Jahres 1924 gearbeitet haben. Beschäftigt waren in den Betrieben G. E. G., wie bereits oben vermerkt, am Schlusse des Jahres 1924 insgesamt 3338 Personen. Dazu kommen noch 121 Heimarbeiter. Der Gesamtumsatz der G. E. G.-Betriebe betrug im Jahre 1924 26.298.125 Reichsmark. Davon entfielen auf die Tabakfabrik (Bismarckfabrik) in Hamburg, Hohenheim, Frankenberg, Rauchtabakfabrik Hamburg und Burgsteinfurt, Kautabakfabrik Nordhausen, Zigarettenfabrik (Stuttgart) 4.363.172 Reichsmark, auf die Seifenfabrik Gröba 5.809.539 Reichsmark, auf die Seifenfabrik Düsseldorf 2.254.102 Reichsmark, auf die chemische Fabrik Gröba 705.877 Reichsmark, auf die Rindfleischfabrik Lauenburg und Gröba 1.176.495, auf die Weberei und Konfektion Oppach 609.035, auf die Kleiderfabrik Seiffenhausdorf und Maschinenfabrik Dresden 1.144.174 Reichsmark, auf die Weberei Neupoltsgrün 497.686 Reichsmark, auf die Mottenfabrik und das Sägewerk Gröba 468.720, auf die Holzindustrie Dortmund 443.520, auf die Bürstenfabrik Schönebeck 567.400, auf die Fleischindustrie Altona 1.900.644, auf die Fischindustrie Altona 1.995.987, auf die Teigwarenfabrik Gröba 2.544.236, auf die Nahrungsmittelfabrik Magdeburg 529.280, auf die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Altona 944.138, auf die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Chemnitz 315.357, und auf die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Chemnitz 738.503 Reichsmark.

Der Geschäftsgang der Betriebe hat selbstverständlich unter der Industriekrise außerordentlich gelitten. So mußte in den Rindfleischfabriken nach der anfänglichen Ablehnung der Wirtschaft durch die Rentenmark im Frühjahr 1924 bald auf Lager gearbeitet werden. Die Störung des Absatzes führte dahin, daß die Fabriken in Lauenburg und Gröba vom 7. August bis 17. September 1924 stillgelegt werden mußten. Auch die Weberei in Neupoltsgrün hatte einen wenig erfreulichen Geschäftsgang. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 war der Betrieb teilweise nur zur Hälfte bei 35stündiger Arbeitszeit der Woche aufrechtzuerhalten. Von den 66 Webstühlen befanden sich auch jetzt nur 40 bei verkürzter Arbeitszeit im Gang. Auch die Teigwarenfabrik Gröba war vorübergehend zur Kurzarbeit gezwungen. Die Störungen sind Auswirkungen der allgemeinen Krise, die sich ja besonders Mitte 1924 als ausgesprochene Absatzkrise geltend machte. Die Lage wurde für die G. E. G.-Betriebe dadurch verschärft, daß der Absatz durch die riesenhafte Kalamität auf dem Markt, die von gewissen Massenwarenfabrikanen gemacht wird, äußerst gehemmt wurde. Das gilt besonders für den Absatz von Seife und Backpulver, mit dessen Herstellung sich seit Dezember 1923 besonders die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Magdeburg beschäftigt.

Selbstverständlich konnte der Absatz gegenüber dem letzten Inflationsjahr, 1923, ganz bedeutend gesteigert werden. So wurden 1924 rund 19.376 Tonne Zigaretten abgesetzt; das ist ein Mehrumsatz gegenüber 1923 rund 5003 Tonne. Auch die Seifenfabriken konnten gegenüber 1923 rund 1.448.344 Kilogramm mehr absetzen. Die Rindfleischfabrik erzielte einen Mehrumsatz von 779 Kisten à 1000 Kisten, die Rindfleischfabrik in Gröba einen Mehrumsatz von 123.395 Kisten, die Fleischindustrie Altona einen Mehrumsatz von 147.792 Kilogramm, die Fischindustrie Altona einen Mehrumsatz von 10.957 Zentnern Räucherwaren und 6680 Zentner Marinaden, die Teigfabrik Gröba einen Mehrumsatz von 497.192 Kilogramm, die Mostschiffabrik Chemnitz von 203.380 Kilogramm und die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Chemnitz um 1.396.630 Kilogramm ab. Vor allen Dingen haben sich die neu eingerichteten Betriebe, z. B. die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik in Gröba und die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik in Magdeburg ganz gut eingeführt. Sehr bedenklich, wenn auch aus der allgemeinen Krise heraus erklärlich, erscheint der Minderumsatz, den folgende Betriebe gegenüber 1923 zu verzeichnen haben: Die Zigarettenfabrik in Gröba um 516.285 Kilogramm, die Seifenfabrik Gröba um 13.950 Kilogramm. Auch die Konfektion in Oppach, Sportbekleidung in Oppach legte 1924 420 Stück weniger ab, als im Jahre vorher. Dagegen gibt es auch Betriebe, die nicht in der Lage sind, den wirklichen Bedarf zu befriedigen. Dahin gehört die Nahrungsmittel- und Schokoladenfabrik Chemnitz, die nur einen beschränkten Teil des wirklichen Bedarfs herstellen konnte.

Die im Jahre 1924 erzielten Umsätze dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Umsatzziffern des Jahres 1913 lange noch nicht erreicht worden sind. So wurde in den Zigarettenfabriken (Umsatz 1924 gleich 19.376 Tonne) vor dem Kriege bereits ein Umsatz von 50.000 Tonne erzielt. Die Fabriken können in Wirklichkeit viermal soviel leisten, als im Jahre 1924 umgesetzt werden konnte. Die Rauchtabakfabriken sind instand, doppelt soviel zu produzieren, als im Jahre 1924, und in der Kautabakfabrik wurden 1916 bereits 180.000 Pfund hergestellt; das ist das Doppelte des letzten Jahresumsatzes. Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Betriebe nur zum Teil ausgenutzt werden können. Ähnlich liegt es in der Seifenfabrikation. Die Seifenfabriken in Gröba und Düsseldorf setzten 1924 8,5

Millionen Kilogramm um. Die Leistungsfähigkeit beträgt aber 20 Millionen Kilogramm, und im Jahre 1913 erzielte die Fabrik in Gröba allein einen Umsatz von 13 Millionen Kilogramm. Ein weiteres Beispiel für die Nichtausnutzung der Produktionsfähigkeit bietet die Weberei Neupoltsgrün. In dieser Weberei werden Schwerwücher hergestellt. Der Umsatz betrug 1924 rund 1.900.200 Stück gegenüber 2.190.984 Stück.

Selbstverständlich ist die Tatsache der Nichtausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit mit auf die allgemeine Industriekrise zurückzuführen. Es wäre aber anders, wenn der konsumgenossenschaftliche Gedanke bei jedem Einkauf volle Würdigung erfahren würde. Die Produktionszahlen der G. E. G. beweisen, daß das heute leider noch nicht der Fall ist. Durch den konsumgenossenschaftlichen Gedanken sollen große Preisregulatoren geschaffen werden, die sich in vielen Wirtschaftszweigen auf die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften stützen müssen. Die Produktionsbetriebe der G. E. G. stellen eine Verwirklichung dieses Gedankens dar. Deshalb ist es unsere Pflicht, gute Konsumgenossenschaften zu werden und zu sein.

Was bedeutet die Handelspolitik des Reichslandbundes?

In dem Maße, wie für die deutsche Regierung die Notwendigkeit zunimmt, die Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen, haben sich auch die Bemühungen der Großgrundbesitzer gesteigert: die von ihnen geforderten Zölle auf die Einfuhr von landwirtschaftlichen Artikeln aus dem Ausland. In den letzten Wochen hat sich darum ein erbitterter Kampf abgespielt, und zwar ist der Kampf um so erbitterter gewesen, je mehr er unter der Oberfläche geführt wird. Eine besondere Rolle hat in diesem Kampf das Reichsministerium unter dem Grafen von Helldorf gespielt, der stark die offizielle Handelspolitik und das Reichsministerium selbst beeinflusst hat.

Ohne Zweifel steht Deutschland in der Frage: „Marzall oder nicht?“ vor der Entscheidung. Das deutsche Volk muß sich in diesen Tagen darüber klar werden, daß es sich hier keineswegs um Zölle handelt, die für die erste nur auf dem Papier stehen und nur bei sinkenden deutschen Getreidepreisen Anwendung finden sollen. Es muß erkennen, daß es hier um die Entscheidung einer grundsätzlichen Frage geht, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist.

In diesem Sinne hat der Landtag die dankenswerte Arbeit geleistet, einmal ganz herauszufinden, worauf die Zollpläne des Reichslandbundes eigentlich hinauslaufen. In einer Mitteilung an die Presse sagt der genannte Bund u. a.:

„Zwei Richtungen ringen in der deutschen Wirtschaft um die Durchsetzung dessen, was sie aus nationalem und volkswirtschaftlichem Blickpunkt als notwendig erachten. Scharf umrissen ist die Stellungnahme des Reichslandbundes, der aus der gegenwärtigen Lage handelspolitisch der anderen Nationen die Forderung zieht, daß dem Expansionsstreben (Ausbehnungsbestrebungen) der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt unübersteigbare Schranken gesetzt sind, wir uns also für unsere wirtschaftliche Zukunft auf eine Handelspolitik der Autokratie, der Beschränkung auf den Binnenmarkt einstellen haben. Er lehnt es ab, aus der Reparationspolitik, zu der sich Deutschland im vorigen Jahre bekannt hat, und die er von Anfang an ablehnte, die Notwendigkeit herzuheben, alle Kraft auf die Steigerung unserer Ausfuhr zu konzentrieren; er geht an der Verpflichtung der Dawes-Gesetze vorbei und will Deutschland, das nach Verlust seiner wesentlichen landwirtschaftlichen Lebensgebiete noch mehr als früher auf Industriewirtschaft eingestellt ist, zum Agrarstaat zurückbilden.“

Durch diese Ausführungen werden jene Absichten des Reichslandbundes treffend gekennzeichnet, die seine Vertreter hinter großen volkswirtschaftlichen Schlagworten, wie „innere Wirtschaft“ und „innere Bilanz“ zu verbergen suchen. Ihr Ziel ist eben der Staat, in dem die Landwirtschaft vorherrscht. Dieser Staat soll sich mit Zollmauern umgeben, die unsere Industrie erdrosseln müßten, um so Preise für landwirtschaftliche Artikel zu erzwingen, von denen der Großgrundbesitz allein Vorteil hätte.

Es handelt sich also um eine Interessenpolitik kurzschichtigster Art.

Der einzige Grund, den die Agrarier für diese Handelspolitik der Autokratie anzuführen wissen und vermögen, ist der Hinweis, die landwirtschaftliche Erzeugung so zu steigern, daß der deutsche Boden das deutsche Volk ernähren kann. Nun hat die Landwirtschaft besonders im vorigen Jahrhundert fähig gemacht, die Produktionssteigerung durch Verbesserungen der Arbeitsmethoden, der landwirtschaftlichen Technik usw. zuwege zu bringen. Der deutsche Agraristat von 1870 z. B. ernährte fast fünfmal soviel Menschen als 900 Jahre früher, wo sich eine hungernde und landlose Bevölkerung in Bürgerkriegen um Grund und Boden schlug. Diese Erfolge aber reichten erst allmählich heran, erforderten längere Zeitdauer und werden selbst bei dem heutigen fortgeschrittenen Stand der Technik niemals in einer Zeit zu leisten sein, daß nicht die größte Gefahr des Hungers für den Teil der deutschen Bevölkerung entstände, den der deutsche Boden eben nicht ernähren kann und der auf Industriearbeit und Warenausfuhr angewiesen ist. Die Handelspolitik der Autokratie, der Beschränkung auf die Landwirtschaft, die der Reichslandbund heute dem deutschen Volk aufzwingen will, bedeutet tatsächlich nicht nur Hemmung sondern auch Rückentwicklung des Volkes in seiner Entwicklung. Sollte das agrarische Programm seinen und durchgeführt werden, dann sind wirklich Millionen von Menschen in Deutschland zuviel da, wie einmal, allerdings aus anderen Ursachen heraus, aber mit demselben Ergebnis, ein französischer Staatsmann bemerkt hat.

Darum geht es bei dem Kampf um den Getreidezoll! Gewerkschafter, tut eure Pflicht!

Der Reichsminister des Innern und die Wiedereinführung der Sommerzeit.

Von einzelnen Berufsgruppen, Handelskammern und anderen Gewerbeverbänden wird mit großer Leidenschaftlichkeit die Wiedereinführung der Sommerzeit propagiert. Besonders tut sich hierin die Schokoladenfabrik Sarotti hervor, die Verge der Proschüren verbreiten läßt, um die Bewegung zur Einführung der Sommerzeit zu begünstigen. Die Berliner Handelskammer hatte an das Reichsministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, die der Reichsminister des Innern u. a. mit folgenden Worten beantwortete: „Eine Einrichtung, die in das tägliche Leben jedes Einzelnen so tief einschneidet, wie es die Sommerzeit tun würde, darf meines Erachtens, sofern nicht schwerwiegende wirtschaftliche Gründe für sie sprechen, nur eingeführt werden, wenn sie der allseitigen Zustimmung des weitläufig überwiegenden Teiles der Bevölkerung sicher ist. Diese Voraussetzung trifft jedoch bei der Sommerzeit keineswegs zu.“

Gegen die Einführung der Sommerzeit hat sich die gesamte Landwirtschaft — wie in allen anderen Ländern, so auch in Deutschland — ein großer Teil der am Schluß der inter-

essierten Lehrerschaft und Elternschaft erklärt. Wenn verfußt ist, den Widerspruch der letztgenannten Gruppen dadurch zu beseitigen, daß vorgeschlagen wurde, während der Sommerzeit den Schulbeginn um eine Stunde später anzusetzen, so wird dabei übersehen, daß durch diese Maßnahme die Schulzeiten mit den sonstigen für die Familie geltenden Zeiten in Einklang kommen, während andererseits der Widerspruch der Schulinteressenten dadurch doch nicht beseitigt wird. Gegen die Einführung der Sommerzeit haben sich schließlich auch mit größter Entschiedenheit und zum Teil Leidenschaftlichkeit die süddeutschen Regierungen erklärt.

Der Herr Reichsstatistikminister hat bei wiederholter Prüfung der Unterlagen seinen Standpunkt geändert und sich eine ins Gewicht fallende Kohlenersparnis vor der Einführung der Sommerzeit nicht mehr versprochen.

Unter diesen Umständen kann ich mich nicht entschließen, den gesetzgebenden Körperschaften einen Vorschlag wegen Einführung der Sommerzeit unterbreiten, der zu den vielen Interessentenkämpfen, die unser Volk ohnehin jetzt zerreißt, noch einen weiteren hinzusetzen würde, und ich halte die Vermutung dieses neuen Kollapses umso mehr für meine Pflicht, als meines Erachtens eine ernste Notwendigkeit für die Einführung der Sommerzeit nicht vorliegt.“

Es dürfte im Interesse der großen Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten liegen, an der gegenwärtigen Zeiteinteilung nichts ändern zu lassen. Man könnte also einmal ausnahmsweise mit den Neuerungen des deutschen Reichstages einverstanden sein.

Ein König der Aufsichtsräte.

Am 16. Mai feierte man im Gebäude der Kölner Handelskammer den 70. Geburtstag des Präsidenten derselben, Louis Hagen. Die Bedeutung dieses Mannes in der deutschen Wirtschaft läßt es geraten erscheinen, auch in der Gewerkschaftspresse seiner zu gedenken. Wenn je der Effizienzkapitalismus einen würdigen Repräsentanten finden sollte, in dem die Könige Hagen würde er sie finden. Louis Hagen ist Aufsichtsratsmitglied bei nicht weniger als 69 Aktiengesellschaften. Im Vorstand von Aufsichtsräten sitzt er bei 26 Unternehmen. Hagen ist Inhaber des Bankhauses H. Hagen in Köln, das er von seinem Vater erbte. Ein geborener Jude, ist er später zum katholischen Glauben hinübergewechselt. Hier hat er sich in Ehrenämtern für die katholische Kirche hervorgetan, wofür er vom Papst durch Auszeichnungen belohnt wurde. Louis Hagen ist vor allem in der rheinisch-westfälischen Industrie hervorgetreten. Hier hat er wichtige Zusammenfassungen vorgenommen, die sich später als äußerst fruchtbar erwiesen. So schweißte er den Pulvertrust Köln-Rottweil zusammen, den H. Schaffhausen'schen Pulververein mit der Discontogesellschaft, wodurch diese Berliner Großbank ihre Interessen in der westdeutschen Industrie außerordentlich stärken konnte. Er stellte ferner jene charakteristische Verbindung zwischen der AG und dem französisch-belaischen Großkapital über Kellern Guilleaume und die Arbeit her. Der Konzern um Otto Wolf hat der schäpferischen Initiative Louis Hagens ebenfalls viel zu danken. So betätigte er sich als Heiratvermittler im Reich der schäpferischen Industrie und des Bankkapitals. Ein Kommandeur des Wirtschaftslebens, der sich bequem neben Stinnes setzen lassen kann, wenn dieser auch ganz anders neartet war. Während des Ruhrkampfes hat Hagen eine besondere Rolle gespielt. In der Vorbereitung einer rheinischen Währungs war er nicht unbetätigt. Seine Ratstätigkeit wurden bei der Regierung Cuno und später Stresemann immer beachtet. Hagen ist Mitglied der Zentrumspartei. Er gehört dem preussischen Staatsrat, dem Provinziallandtag, dem Reichswirtschaftsrat und dem Generalrat der Reichsbank an. Ein Mann also, der sich auch politischen Einfluß zu schaffen vermochte. Um die Einkünfte zu erreichen, die Hagen allein aus seinen Aufsichtsratsposten zieht, müssen viele Arbeiter ihr ganzes Leben lang arbeiten.

Zum Begriff der Arbeitsunfähigkeit.

Das Reichsversicherungsamt hat entschieden: Bei einem unvollständigen Arbeiter liegt Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 182 Nr. 2 der RVO dann vor, wenn er nicht oder doch nur mit Gefahr der Verschlimmerung seines Zustandes seiner bisher ausgeübten Erwerbstätigkeit nachgehen kann — sofern er diese bei längerer Zeit ausübt hat und sie ihm infolge der darin erworbenen Erfahrung, Geschicklichkeit und Anpassung an ihre besonderen Verhältnisse gewissermaßen zum Beruf geworden ist. Es handelt sich um einen Arbeiter, der infolge einer Operation gerade diese Beschäftigung eine Zeit hindurch nicht ausüben konnte. Die Krankenkasse hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein unvollständiger Arbeiter eher als ein gelernter Arbeiter sei, leichtere Arbeit anzunehmen. Das Reichsversicherungsamt hat die Ansicht dieser Krankenkasse dahingehend geändert, daß sie aber jedenfalls für den Fall verneint, in dem ein unvollständiger Arbeiter durch längere Ausübung eine Tätigkeit gewissermaßen zum Beruf gemacht hat. (Revisionsentscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 13. November 1924 [2334, Amtliche Nachrichten 1925, S. 34]).

Gewerkschaftliches.

Verschmelzung abgelehnt. Im Malerverband hatten die Mitglieder mittels Abstimmung zu entscheiden, ob die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund stattfinden soll. Von 40.673 Mitgliedern stimmten 2142 für und 7883 dagegen.

Wirtschaftliches.

Stand der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaftsverbände entwickelt sich immer mehr zu einem zuverlässigen Konjunkturbarometer. Deshalb werden die ermittelten Ziffern von der Wirtschaftsbeobachtung fleißig benutzt. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit spiegelt sich in folgenden Ziffern: Von hundert erfahrenen Gewerkschaftsmitgliedern waren

Januar	8,1	5,5
Februar	7,8	5,3
März	5,8	4,1
April	4,4	4,9

Seit Januar fand mithin eine langsame, aber stete Besserung der Wirtschaftslage statt. Im Mai war die Lage am Arbeitsmarkt schwankend, wenn die langsame Besserung sich auch fortsetzen schien. Die industrielle Reservearmee ist trotz allem noch immer groß genug.

Genossenschaftliches.

„Selbsthilfe“. Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft. Unter diesem Namen wurde am 27. Mai in Hamburg eine Versicherungsgesellschaft gegründet, deren Sitz Hamburg 5, Beim Strohhause 38, ist, und deren Stammkapital 3 Millionen Reichsmark beträgt. Der Gesellschaftsvertrag für das Unternehmen wurde genehmigt. In den Aufsichtsrat wurden von den Gründern gewählt die Herren Th. Leipart, Vorsitzender, G. Schmidt, Dr. Bachem, A. Mirus, Schriftführer (sämtlich in Berlin), R. Hoffmann, stellvertretender Vor-

Heuber, G. Berger, M. Mendel (sämtlich in Hamburg), H. Gende (Bielefeld), stellvertretender Schriftführer. Der Aufsichtsrat wählt in den Vorstand die Herren H. Kaufmann, H. Kötter, H. Wälsch, G. Lorenz, F. Rauplow, D. Streine, F. Leiche, M. Junger (sämtlich in Hamburg).

Von der Keramikindustrie.

Geheimhaltungskosten des Porzellans. Im „Keramiker“, Nr. 5, 1925, gibt der Ingenieur Gustav Kappeler, Karlsruhe, in dem Artikel: „Neuzeitliche Betriebswirtschaft in der Porzellanindustrie“ als die vier Hauptfaktoren der Geheimhaltungskosten des Porzellans im Mittel mit einem Verhältnis an: Steuern und zölnerische Abgaben zwei Anteile, Löhne und Gehälter vier Anteile, Rohmaterialien und Betriebsstoffe ein Anteil, Brennstoffe drei Anteile. — Eine Begründung zu dieser Annahme wird nicht gegeben. Wir halten sie für falsch, weil uns die vier Anteile für Löhne und Gehälter für viel zu hoch erscheinen, und weil die erzielten Profite nicht aufgeführt sind, die doch bei einer Anzahl Porzellanfabriken ganz beträchtlich ins Gewicht fallen.

Feinkeramische Produkte wurden im März 1925 exportiert 555,1 Tonnen gegen 552,5 Tonnen im gleichen Monat 1924.

England. In der englischen feinkeramischen Industrie trat ein Geschäftsrückgang ein. Der Prozentfuß der Arbeitslosen stieg über 15 Proz. Nur die Platten- und Spinnwarenindustrie arbeitet voll.

Vereinigte Staaten von Amerika. Die Einfuhr feinkeramischer Erzeugnisse aus Deutschland hatte im Januar 1925 einen Wert von 14.880 Dollar und betrug 34,6 Proz. der Gesamteinfuhr. In sieben Monaten, endigend mit Januar 1925, war der Prozentfuß der deutschen Einfuhr 45,1 Proz. — Der Verband amerikanischer Steingut- und Porzellanfabrikanten klagt während der Tagung seiner 50. Jahresversammlung, daß im Berichtsjahre 1924, besonders in den letzten sechs Monaten, mehr Arbeitslosigkeit in der feinkeramischen Industrie herrschte, als zu irgendeiner Zeit innerhalb der letzten zehn Jahre. Mit der Gewerkschaft der Arbeiter in der feinkeramischen Industrie (National Brotherhood of Operating Pottery Workers) wurde vereinbart, daß alle Abkommen nach Uebernahme einzelner nebensächlicher Bestimmungen bis zum 1. Oktober 1926 weiter laufen zu lassen.

Aus unserem Beruf.

Köln. Ein Kollege schreibt uns: Die Firma Kante & Kude, Köln, gibt in ihrem Inserat in der „Ameise“ vom 23. Mai, worin sie Schriftsetzer sucht, an, es könne ein Akkordbestand von 70–80 Mk. in der Woche erzielt werden. Das ist nur bedingt richtig. Diesen Verdienst kann nur ein ganz flotter Arbeiter erreichen, wenn er die beste Akkordbarbeit bekommt. Die regulären, nicht mit besonders gutbezahlter Akkordbarbeit und nicht durch Günstigsteinstellung der Verdienste liegen wesentlich unter 80 Mk. in der Woche.

Lauf. Die Differenzen bei der Firma Fritz Krug in Lauf sind auf gutlichem Wege beigelegt worden.

Versammlungsberichte.

Eisenberg. Die Rabattistenversammlung vom 25. 5. sprach den bündigen Ausgesprochenen, darunter auch den Porzellanern, ihre Sympathie aus und gelobte, auch in finanzieller Beziehung es nicht an Solidarität mangeln zu lassen. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt und die Mitgliedszahl mit 751 an. Auf Antrag der Revisionen wurde der Kassierer entlastet. Ueber „Vornabkommen“ brachten Kollegen zum Ausdruck, daß bei den jetzt bestehenden Löhnen ein Existieren unmöglich sei. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen: „Die Versammlung fordert den Vorstand auf, das Vornabkommen zu der festgesetzten Frist zu kündigen, und bringt der Lohnverhandlungskommission ihr volles Vertrauen entgegen. Den Unternehmern ist klar vor Augen zu führen, daß es bei den jetzt bestehenden Hungerlöhnen dem bestqualifizierten Arbeiter nicht möglich ist, sein Dasein als Mensch zu fristen. Die Versammlung fordert deshalb von der Verhandlungskommission, daß sie ihr ganzes Können daran setze, um den folgenden Forderungen der Mitglieder gerecht zu werden. Der kommende Schlußbericht muß unbedingt eine Erhöhung bringen: für Facharbeiter von 25 Proz., für sonstige Arbeiter von 40 Proz. und für Jugendliche nach den Richtlinien des ADGB. Weiter verlangt die Versammlung von der Verhandlungskommission, dahin zu wirken, das Vornabkommen kurzfristig abzuschließen, wenn nicht, werden bei einem solchen Abschluß eventuell die Mitglieder zur Selbsthilfe gezwungen. Von verschiedenen Mitgliedern wurde angeregt, einen gemeinschaftlichen Aufruf mit den umliegenden Zählstellen zu machen. Es wurde der Verwaltung überwiesen, sich weiter mit der Anregung zu befassen.“

Düsseldorf. In der gutbesuchten Betriebszählstellenversammlung wurde folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Die Versammlung fordert die Verhandlungskommission auf, das jetzige Vornabkommen zu kündigen, und zur nächsten Lohnverhandlung ausreichende Löhne zu fordern; denn letztere reichen bei weitem nicht zum Lebensunterhalt aus.“ In Düsseldorf werden zurzeit in anderen Industrien höhere Durchschnittslöhne gezahlt. Die Mitglieder sind gewillt, mit den härtesten Kampfmitteln dafür einzusetzen.

Vermischtes.

Der Krieg. Die Berliner Wochenzeitschrift „Die Weltbühne“ veröffentlichte in der Nr. 32 eine Betrachtung, die die „Neue Zeit“, eine deutsch geführte, in Chicago erscheinende Wochenzeitschrift, angelehnt hat:

Der Weltkrieg hat einen teils Bar-, teils Materialaufwand im Wert von 156.323.007 Dollar gekostet. Das Reinkat besitzten war: 1200000 Tote, die Krüppel und Siechen umfaßt, somit kostete es 1566,5 Dollar, einen Menschen umzubringen. Die Armeen würden, wenn sie produktiv tätig gewesen wären, einen Güterwert im Betrag von 151.646.912,50 Dollar in der Zeit hergestellt haben, die sie an der Front verbracht haben.

Literarisches.

Der Weg der deutschen Arbeiterklasse zum Staat. Von Ernst Kieselbach. Heft 1 der „Klassenreihe“. Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hohenschönhausen. Preis vofree 0,50 Mk., 10 Stück 4.— Mk. — Der Verlag der Neuen Gesellschaft gibt eine Schriftenreihe heraus, die, wie es in der Vorbemerkung des erschienenen ersten Heftes heißt, „unvoreingenommen, vorurteilslos, den Blick auf Wesentliche gerichtet“, die brennenden Fragen der Politik und Wirtschaft in ihren Beziehungen zum Dasein des Arbeiters behandeln will. Im vorliegenden ersten Heft wird das bedeutende Thema: „Der Weg der deutschen Arbeiterklasse zum Staat“ behandelt. Im ersten Teil der Schrift legt der Verfasser klar, in welches Licht der Freiheitskampf die Sozialdemokratie dadurch gerät, daß sie die marxistische Revolutionsideologie beibehält, gleichzeitig aber die staatsbejahende Praxis erteilt. Im zweiten Teil wird das Verhältnis des Marxismus zum Staatsgedanken

erörtert, im dritten Teil endlich werden antenpolitische Probleme ausgearbeitet. Das Ergebnis der Untersuchungen ist: „Nicht durch Zerstörung des Staates wird die Arbeiterklasse ihn erobern, sondern dadurch, daß sie seinen Daseinsnotwendigkeiten am selbstlosesten Rechnung trägt. Insofern, als sie ihn erobert hat, wird die Idee ihrer Klasse, die Idee der sozialen Demokratie, die aus den Lebensbedürfnissen der Arbeiterklasse selbst emporsteigt, über den Staat hinwegkommen. Es ist gewissermaßen, als ob die proletarische Idee der sozialen Demokratie, bevor sie sich des Staates zu bemächtigen vermag, zuerst noch im Element des Nationalen untertauchen müßte.“ Die Schrift ist mit der realistischen Umschau geschrieben, die der Verfasser auch in seinen früheren Schriften gezeigt hat: die Probleme werden scharf und unerschrocken angefaßt und bis zu Ende durchgedacht; ein starker politischer Wille und ein sicherer politischer Instinkt leuchten hinter den Darlegungen hervor. Wenn die weiteren Veröffentlichungen der Schriftenreihe das Niveau der ersten Schrift halten werden (die angekündigten Namen sind eine Bürgschaft dafür, daß es geschehen wird), dann ist heute schon vorher zu sagen, daß die Reihe sowohl für die theoretische Klärung wie die praktische politische Betätigung der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung und von durchgreifendem Einfluß sein wird.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Als Gauleiter für den Gau Oberfranken-Oberpfalz wurde vom Verbandsvorstand der Kollege Wilhelm Frenzel gewählt. Seine Adresse ist: Wilhelm Frenzel, Marktredwitz (Bayern), Rillingstr. 8. Telefon Nr. 203. Der Verbandsvorstand.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Brandenburger-Versammlung Dienstag, den 9. Juni, 5 Uhr, bei Wollschläger, Albatrossstr. 21.

Berlin-Charlottenburg. Im Rahmen der Berliner Gewerkschaftsschule spricht Richard Seidel an folgenden fünf Abenden: Donnerstag, den 4. Juni, Donnerstag, den 11. Juni, Donnerstag, den 18. Juni, Donnerstag, den 25. Juni, und Donnerstag, den 2. Juli über: „Spezialfragen der Gewerkschaftsbewegung.“ Er behandelt: Gewerkschaften und Sozialpolitik. — Gewerkschaften und Staat. — Gewerkschaftsbewegung und Politik. Der Vortrag beginnt abends 7 Uhr und findet im Sophien-Physikum, Weinmeisterstr. 16/17, im Klassenzimmer (siehe schwarze Tafel), statt. Anmeldungen werden am 1. Kurstabend in der Schule entgegengenommen. Hörerbeitrag: 1,50 Mk.

Spanbau. Donnerstag, den 11. Juni, nachmittags 4½ Uhr, Zählstellenversammlung bei Wind, Riehelsdorferstr. 5. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.



Gold u. Silber

Otto & Hellmut Seifert, Gold-Schmelzwerk, Zwickau i. Sa.

Offerte hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: Flache glatte, schmählich bearbeitete prima Zymocca-Drehschwämme, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Bengali-Zymoccaschwämme, das Stilo 80 bis 150 R.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima Zymoccaschwämme; prima Zymoccaschwämme „Elefantenhören“; kleine flache und glatte prima Zymoccaschwämme, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; feinstgroße weiche prima Zymoccaschwämme (auch für Drudereien und Glasur geeignet), das Stilo, 75 Stück enthaltend, 60 R.-Mk. Auf Wunsch auch Anfragsendungen, von welchen nicht konvertierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. D. Mithelhof, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Grenzauerstr. 42.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldschmelzwerk / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Altestes Einkaufsgeschäft dieser Art

Goldabfälle jeder Art

wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Vollergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.

W. Seifert, Goldschmelzwerk, Zwickau i. Sa.

Alle goldartigen Rückstände werden gekauft und das Grammgewicht mit 2,78 Mk. bezahlt. Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt. (1893)

Martin Kaufmann
Zwickau i. Sa., Bertholdstr. 25.

Goldschmiere, Goldlappen, Asche und Goldschlacken und alle in der Vergolderie vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (207/23)

Oskar Rottmann
Stadtilm in Thüringen.

Arbeitsmarkt.

Porzellan-Geschirre-Maler

für Hand-, Wand- und Fondsbeler, sowie
Blauarbeiter u. Blauarbeiterinnen
für Untergrasur von Porzellanfabrik gesucht. Angebote unter „200b“ an die „Ameise“ erbeten.

Zwei junge Dreher, firm in den in der Geschirrdreherei vorkommenden Arbeiten, suchen für sofort oder später Stellung. Schriftliche Angebote unter „200b“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Adressenänderungen.

Gauleitung für Oberfranken-Oberpfalz. Wilhelm Frenzel, Marktredwitz (Bayern), Rillingstr. 8. Telefonnummer 203.
Brattenborj. Vori.: Julius Stöcklein, Stanger, Schwarzbad; Schriftf.: Robert Hanft, Maler, Schwarzbad; Staff.: Adolf Seins, Maler, Brattenborj.; Rev.: Edwin Otto, Stanger, Merbelstob.
Frankfurt a. d. Oder. Schriftf.: Willy Thieme, Horna, Großenerstr. 8.
Reben. Kass.: Aug. Sachhausen, Kahlandstraße.

Ausruhen!

Unser Kollege Karl Grün, Dreher, ist schon über ein Jahr krank und erwerbsunfähig. Da die Mittel der Badische Inapp sind, bitten wir die Kollegen im Reich um Unterstützung. Gelder sind zu senden an M. Popp, Goldsch., Friedhofsstr. 28.

Quittung.

Von der Zählstelle Grünstadt gingen nachträglich für den letzten Oberhaushalt noch 2.— Mk. ein. Bereits quittiert 71.— Mk., zusammen 73 Mk.

Johann Schwarzer, Kassierer, Mantelkain.

Dank! Die Kollegin Emma Stellenberg schreibt aus diesem Wege allen den Zählstellen, die zur Verringerung ihrer Not beigetragen haben, ihren herzlichsten Dank aus.
J. M. Franz Borgelock, Kass., Spanbau.

Verichtigung. In Nr. 22 der „Ameise“ muß es in der Quittung von Spanbau statt 121 Mk. 128 Mk. heißen.

† Sterbetafel †

Althaldensleben. Karl Kleinan, Sortierer, geboren am 9. 1. 1851, gestorben an Altersschwäche. Organisiert seit 1919.
Goldb. Richard Grohmann, geboren am 8. 11. 1878, gestorben an Lungenleiden. Organisiert seit 1916.
Karge. Wilhelm Hanft, Glasierer, geboren am 16. 11. 1867, gestorben an Herzlähmung. Organisiert seit 1918.
Reinbach. Max Koch, Bader, geboren am 28. 3. 1890, gestorben am 7. Organisiert seit 1919.
Mudolstadt. Albert Panz, Former, geboren am 28. 2. 1853, gestorben an Altersschwäche. Organisiert seit 1919.
Tillowig. Marie Heller, Dreherin, geboren am 28. 5. 1891, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1918.
Ehre ihrem Andenken!

Ein tüchtiger

Scharfbrenner

der im selbständigen Brennen von Zündschloß und Untergrasurgeschloß gute Erfahrungen besitzt, wird sofort eingestellt. Möglichst lebige Bewerber wollen sich melden unter „204b“ bei der „Ameise“.

Zwei flotte

Porzellanfleischer

für Gebrauchsgeschirre nach Schlesien zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung, gute Verdienstmöglichkeit. Schriftliche Angebote unter Chiffre „210a“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“ erbeten.

Ich suche noch mehrere tüchtige

Stahlbruderinnen

auf Hotelbügeln bei hohem Stundenlohn. (213)

Johs. Schumacher

Porzellan-Malerei und -Druckerei Altona (Elbe), Dreierstr. 20/26.

XXXXXXXXXXXX

Isolatordreher

werden sofort eingestellt.

Niederachsewerte H.-G.

Campspringe (Hannover).

XXXXXXXXXXXX

Eine große bayerische Porzellanfabrik sucht zum sofortigen Eintritt 2 tüchtige, lebige

Tellerdreher

Gest. Anfragen erbeten unter Chiffre „208“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle laufen zu Tagespreisen

Otto & Hellmut Seifert, Gold-Schmelzwerk, Zwickau i. Sa.

Zum baldigen Antritt suchen wir 2 lebige (206)

Maler

Stern-Porzellan-Manufaktur
E. Leber & Sohn
Tiefenfurt in Schlesien.

Bedigen (198b)

Fondsprücker

zum baldigen Antritt gesucht.

Stern-Porzellan-Manufaktur
E. Leber & Sohn
Tiefenfurt in Schlesien.

Formengießer

ledig, mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut, zu dauernder Beschäftigung für sofort gesucht. Angebote erbeten unter „201a“ an die Geschäftsstelle der „Ameise“.

Es werden sofort eingestellt: 1 selbständiger, lediger

Glasierer

einige Blauarbeiter für Zündschloß, 1 selbständiger

Modellabgießer und Einrichter

Nur Bewerber aus der besseren Gebrauchsgeschirrbauerei wollen sich melden unter „209a“ bei der „Ameise“. Wohnung für Blauarbeiter und Modellabgießer vorhanden.

Gesamtschreiben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Brabeckstr. 2-5. — Verlag: W. H. Herden, Charlottenburg I, Brabeckstr. 2-5. Druck: C. J. Janszowski, Berlin SO., Elisabethstr. 29/30.